

Ressort: Politik

Bund als Commerzbank-Aktionär: Politiker fordern Ausstiegsplan

Berlin, 07.01.2019, 18:06 Uhr

GDN - Zehn Jahre nach der Teilverstaatlichung der Commerzbank fordern Politiker von CDU, SPD und FDP einen Plan für den Ausstieg des Bundes. "Die Beteiligung des Bundes ist kein Dauerzustand", sagte Antje Tillmann, finanzpolitische Sprecherin der Unions-Fraktion im Bundestag dem "Tagesspiegel" (Dienstausgabe).

Es sei daher richtig, "Wege für einen Ausstieg zu prüfen." Ähnlich äußerte sich Florian Toncar, finanzpolitischer Sprecher der FDP: "Die Bundesregierung muss jetzt eine klare Strategie finden, wie sie sich vollständig aus der Commerzbank zurückzieht", sagte er dem Blatt. "Der Staat kann nicht gleichzeitig an einer bestimmten Bank beteiligt sein und andererseits alle Banken als neutraler Schiedsrichter nach gleichen Standards beaufsichtigen." Am 8. Januar 2009 war der Bund als Einzelaktionär bei der Commerzbank eingestiegen. Noch heute hält er 15,6 Prozent an dem Geldinstitut. Würde sich der Bund von diesen Anteilen trennen, wäre das derzeit aber ein Verlustgeschäft. Das Aktienpaket, für das der Bund einst 5,1 Milliarden Euro ausgab, ist heute nur noch 1,2 Milliarden Euro wert. Die Bundesregierung hat derzeit deshalb auch keine akuten Pläne, sich von den Anteilen zu trennen.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-118048/bund-als-commerzbank-aktionaer-politiker-fordern-ausstiegsplan.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619